Evangelische Jugendsozialarbeit
EJSA

Diskussionspapier: Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige

Die Diskussion über ein mögliches Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige wird intensiv und kontrovers geführt. Während einige ein solches Verbot als notwendigen Schutz vor den Risiken digitaler Medien betrachten, sehen andere darin eine unverhältnismäßige Einschränkung von Teilhabe- und Freiheitsrechten junger Menschen. Dieses Papier stellt die zentralen Argumente beider Seiten gegenüber.

Argumente für ein Verbot

Ein generelles Verbot sozialer Medien für unter 16-Jährige wird vor allem mit dem Schutz junger Menschen vor entwicklungspsychologischen und gesundheitlichen Risiken begründet. Kinder und Jugendliche in dieser Altersgruppe verfügen oft noch nicht über die notwendige Impulskontrolle, ein ausgereiftes kritisches Urteilsvermögen oder die emotionale Regulation, um die Gefahren sozialer Medien eigenständig zu bewältigen. Studien deuten darauf hin, dass eine exzessive und unbegleitete Nutzung sozialer Medien mit erhöhten Risiken für psychische Belastungen wie Depressionen oder Angststörungen einhergehen kann – insbesondere, wenn Jugendliche vulnerablen Gruppen angehören oder bereits Vorerkrankungen bestehen.

Ein weiteres zentrales Argument ist der Schutz vor gefährlichen Inhalten und Mechanismen. Soziale Medien bergen Risiken wie Cybermobbing, sexualisierte Gewalt, Desinformation, extremistische Inhalte und problematische Schönheitsideale und Geschlechterstereotypen. Zudem sind Plattformen oft so gestaltet, dass sie durch Mechanismen wie Endlos-Scrollen, Autoplay oder permanente Benachrichtigungen ein suchtförderndes Nutzungsverhalten begünstigen. Ein Verbot könnte junge Menschen vor diesen Risiken schützen und ihnen einen sicheren Entwicklungsraum bieten.

Hinzu kommt, dass wirksame Altersverifikationen auf Plattformen wie Instagram, TikTok oder WhatsApp derzeit fehlen. Obwohl diese Plattformen ein Mindestalter von 13 Jahren vorsehen, gibt es keine zuverlässigen Kontrollen, um die Einhaltung dieser Regel zu gewährleisten.



Nicht zuletzt würde ein Verbot Eltern und pädagogische Fachkräfte entlasten, die sich oft überfordert fühlen, die Social-Media-Nutzung ihrer Kinder zu begleiten und zu kontrollieren.

Argumente gegen ein Verbot

Gegner*innen eines Verbots argumentieren, dass soziale Medien für junge Menschen ein zentraler Bestandteil ihrer Lebenswelt sind. Sie dienen als Räume der Kommunikation, Identitätsbildung, politischen Teilhabe und sozialen Vernetzung. Ein generelles Verbot würde junge Menschen aus diesen Räumen ausschließen und ihre Teilhabe- und Freiheitsrechte unverhältnismäßig einschränken. Die UN-Kinderrechtskonvention (Artikel 17) garantiert Kindern und Jugendlichen das Recht auf Zugang zu Informationen und Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen – ein Verbot könnte diese Rechte verletzen.

Ein weiteres Problem ist die Verlagerung der Nutzung in unkontrollierbare Räume. Ein Verbot könnte dazu führen, dass Jugendliche auf alternative, schwerer regulierbare Plattformen ausweichen, etwa durch die Nutzung von VPNs oder ausländischen Anbietern. Dies würde die pädagogische Begleitung erschweren und die Risiken sogar erhöhen, da Jugendliche sich außerhalb geschützter Räume bewegen.

Als Argument gegen ein Verbot wird auch immer wieder angeführt, dass die Umsetzung schwer und die tatsächliche Wirksamkeit eines Verbots daher zweifelhaft sei. Technisch ist eine zuverlässige Altersverifikation schwierig: Ausweiskontrollen (z. B. per Videoident) werfen Datenschutzfragen auf, während KI-basierte Lösungen (wie Gesichtserkennung) oft ungenau sind. Zudem haben viele Plattformen ihren Sitz im Ausland (z. B. in den USA), wo andere rechtliche Standards gelten. Dieses Problem wird durch erste Ergebnisse des Social-Media-Verbots für unter 16-Jährige in Australien gestützt. Der Großteil kann die Plattformen weiter nutzen. Als Grund dafür wird benannt, dass die Plattformen versäumt hätten, wirksame Hürden zur Altersprüfung zu implementieren.

Ein weiteres Argument ist, dass Medienkompetenz nicht im „luftleeren Raum“ erworben werden kann. Ein Verbot würde Jugendliche ohne Erfahrung in den digitalen Raum entlassen, sobald sie 16 Jahre alt sind. Medienkompetenz muss praktisch erlernt werden – durch begleitete Nutzung, kritische Reflexion und den Umgang mit Risiken. Ein Verbot würde diese Lernprozesse unterbinden.

Fazit

Die Debatte um ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige offenbart grundsätzliche Spannungsfelder: Wie lassen sich Schutz, Teilhabe und Selbstbestimmung junger Menschen im digitalen Raum vereinbaren? Ein pauschales Verbot würde diese Fragen nicht lösen, sondern neue Herausforderungen schaffen – etwa durch Umgehungsstrategien oder den Verlust von Support-Netzwerken.
Für die Jugendsozialarbeit bietet die Diskussion die Chance, eigene Positionen und Handlungsansätze zu reflektieren:

- Wie können Schutzräume (online und offline) gestaltet werden, die Jugendliche vor Risiken bewahren, ohne sie aus digitalen Lebenswelten auszuschließen?
- Welche Bildungsangebote braucht es, um Medienkompetenz praktisch und partizipativ zu vermitteln?
- Wie lassen sich Eltern und Fachkräfte stärken, um Jugendliche begleitend zu unterstützen?

Entscheidend ist, dass junge Menschen selbst zu Wort kommen – denn es geht um ihre digitale Zukunft. Die Jugendsozialarbeit kann hier eine Brückenfunktion einnehmen, zwischen Schutz und Empowerment, zwischen Regulierung und Teilhabe.

Kontakt: Vera Mayr Mayr@bagejsa.de

Beschlossen beim Hauptausschuss am 23.9.2026